

Meinungen  
und Informationen  
aus dem  
Evangelischen  
Arbeitskreis  
der CDU/CSU

Februar 1985

# Evangelische Verantwortung

Heft 2/1985

## Säkularisierung und „neue Frömmigkeit“

Die junge Generation als Frage und Herausforderung an die Kirche

Gerd Langguth

Dr. Gerd Langguth ist Direktor der Bundeszentrale für politische Bildung in Bonn. Der Politikwissenschaftler und ehemalige Bundestagsabgeordnete gehört seit langen Jahren dem Bundesvorstand des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU an.

Als erfolgreicher Autor mehrerer Sachbücher zur Protestbewegung, zu neuen sozialen Bewegungen und zur Demokratie-Theorie hat sich Gerd Langguth den Ruf eines scharfsinnigen Analytikers und perspektivischen Denkers erworben. Zuletzt trat er mit seinem in der Edition Interfrom, Zürich, erschienenen Buch „Der grüne Faktor – Von der Bewegung zur Partei?“ hervor, das wir in der EV 1/1985 besprachen.



Dieser Aufkleber zirkuliert in der Alternativ-Szene und zeigt auf, daß dort die Institution „Volkskirche“ in Frage gestellt wird.

Kirche als Institution kann sich in heutiger Zeit keineswegs des höchsten Vertrauens in der Bevölkerung, insbesondere in der jüngeren Generation und speziell bei den Wählern der „Grünen“ erfreuen. Dies erbrachte eine Studie des Mannheimer Instituts für praxisorientierte Sozialforschung (IPOS), die sich mit Einstellungen der Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland zu aktuellen Fragen der Innenpolitik des Jahres 1984 befaßt. Allerdings ist das relativ geringe Vertrauen zu den Kirchen keineswegs mit religiöser Gleichgültigkeit gleichzusetzen. Die Umfragedaten müssen aber die Kirchen alarmierend stimmen.

Auf einer Skala, die von minus 5 bis plus 5 reicht, wurde von IPOS nämlich folgende Frage gestellt: „Wir haben hier einige Einrichtungen des öffentlichen Lebens aufgeschrieben und möchten gerne wissen, ob Sie diesen Einrichtungen vertrauen oder nicht vertrauen.“ Das höchste Vertrauen in der Bevölkerung hat der Bundespräsident mit +3,1, gefolgt vom Bundesverfassungsgericht mit +2,8, der Polizei mit +2,5, dem Gericht mit +2,4 und dem Bundestag und der Bundeswehr mit jeweils +2,0. Erst dann kommen die Kirchen mit +1,9, die Bundesregierung mit +1,6 (dieser Wert ergibt sich auch aus dem natürlichen Parteienstreit), der Datenschutzbeauftragte mit +1,1, das Fernsehen mit +0,9 und die Presse mit +0,3.

### Geringes Vertrauen zur Kirche bei den Grünen

Wenn man jetzt das relativ geringe Vertrauen nach der Bundestagswahl differenziert, dann haben offensichtlich die Kirchen bei den Unionswählern mit +2,9 das höchste Vertrauen, gefolgt von der FDP mit +2,0 und der SPD mit +1,5, währenddessen bei den Grünen auf der Skalierung ein Wert von -0,3 festzustellen ist. Hier muß allerdings gesehen werden,

daß es sich bei den Grünen um eine Partei handelt, deren Wähler zu 70 % unter 35 Jahre alt sind.

Wenn man den Skalierungswert +1,9 für die Kirchen nach Alter und Schule differenziert, ist folgendes feststellbar: Bei den Unter-35jährigen besitzen die Kirchen bei den Volksschülern das höchste Vertrauen mit einem Wert von +1,3. Bei den Mittelschülern erhielten die Kirchen einen Skalierungswert von +1,0, währenddessen der Wert bei den Unter-35jährigen mit Abiturabschluß bei 0,0 liegt. Bei der Bevölkerung über 35 Jahre ist die Einschätzung der Kirchen ungleich positiver, nämlich bei dem Personenkreis mit Volksschulabschluß ohne Lehre +2,8, mit Volksschulabschluß und Lehre +2,3, mit Mittelschulabschluß +2,0 und mit Abiturabschluß +2,1.

Insgesamt ist also das Vertrauen gerade der jungen Generation in die Kirchen wie auch zu anderen Institutionen des öffentlichen Lebens relativ gering. Bei den Unter-35jährigen mit Abiturabschluß rangiert dort das Bundesverfassungsgericht mit +2,0 hinsichtlich des Vertrauens an der Spitze, gefolgt von den Gerichten mit +1,7 und dem Bundespräsidenten mit +1,6. Noch vor den Kirchen rangiert der Bundestag mit +0,7 und sogar die Polizei mit +0,4.

### Rückgang des Kirchganges

Es gibt keine vergleichbaren Institutionen wie die beiden großen Kirchen, die auch heute noch eine solche gesamtgesellschaftliche Breitenwirkung haben – von der Taufe bis zur Beerdigung, vom Religions- und Konfirmandenunterricht bis hin zu einer eigenen und weitverzweigten Pressestruktur und sonntäglichen Predigt, Kindergärten, einer breitgefächerten Jugendarbeit oder vielfältige andere Momente des Gemeindelebens. Die beiden Kirchen stellen jeweils Großorganisationen dar und damit so etwas wie eine irdische Realität: 1982 lebten im Bundesgebiet und in Berlin-West 25,7 Millionen evangelische und 26,5 Millionen katholische Christen, was Anteilen von 42 % bzw. 43 % an der gesamten deutschen und ausländischen Wohnbevölkerung von 62 Millionen entspricht. Verglichen mit den Daten der Volkszählung des Jahres 1970 (47 % Evangelische, 45 % Katholiken) haben die Mitgliederzahlen zwar abgenommen, aufs Ganze gesehen gehört jedoch nach wie vor bei weitem die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung einer der beiden großen Kirchen an.

Allein im Bereich der EKD existierten 1982 10 662 Kirchengemeinden. 16 118 Pfarrer und Pfarrerrinnen standen im aktiven Dienst, davon waren 11 825 in Gemeinden tätig. Im statistischen Durchschnitt hat laut neuester EKD-Statistik ein evangelischer Gemeindepfarrer im Jahre 1982 19 Kinder und Erwachsene getauft, 36 Jugendliche konfirmiert, 8 Paare getraut und 29 Menschen beerdigt. Rund 840 000 evangelische Gottesdienste fanden an Sonn- und Feiertagen statt, dazu 410 000 Kindergottesdienste. Die Kirchen erreichen an Wochenenden in den Got-

tesdiensten mehr Menschen als bei allen Bundesligaspielen in allen Fußballstadien Menschen zusammenströmen. In den evangelischen Kindertagesstätten waren Plätze für 404 000 Kinder vorhanden. Die Fülle von Zahlen ließe sich erweitern, die auf die gesellschaftliche Breitenwirkung der Großorganisation Evangelische Kirche hinweisen.

Um es noch einmal zu wiederholen: Leere Kirchen lassen nicht auf religiöse Gleichgültigkeit schließen, distanzierte Volkskirchlichkeit bei den Jugendlichen ist nicht mit einem Mangel an religiösem Interesse verbunden. Die gelegentlich gehörte These, daß bei steigender Bildung Religiosität abnimmt, ist nicht richtig, denn das Interesse an religiösen Fragen ist zumindest bei den Jugendlichen, die eine weiterführende Schule besuchen, erheblich gestiegen. Jürgen Habermas sprach deshalb auch von einer „neuen Frömmigkeit“.

18 % der katholischen und 4 % der evangelischen Jugendlichen zwischen 16 und 25 Jahren gingen 1978 „regelmäßig“ zur Kirche, „unregelmäßig“ 28 % der katholischen und 13 % der evangelischen Jugendlichen. In der Gesamtbevölkerung dagegen gehen immerhin noch 32 % der Katholiken und 26 % der Protestanten regelmäßig oder unregelmäßig in die Kirche, wobei hinzugefügt werden muß, daß das Allensbacher Institut für Protestanten die Kategorie „regelmäßig“ und „unregelmäßig“ zusammengefaßt hat, da in diesem Falle „regelmäßiger Kirchenbesuch“ eine andere kirchliche Bindung ausdrücke als dies bei Katholiken der Fall ist. In der jungen Generation gab es zwischen 1963 und 1973 einen drastischen Rückgang des Kirchenbesuches. In der Altersgruppe der 16–29jährigen stufen sich 1963 11 % der Protestanten als regelmäßige Kirchenbesucher ein, 1973 nur noch 2 %. Bei den katholischen Jugendlichen waren es 1963 noch 52 % gegenüber 19 % im Jahre 1978.

### Einstellung zu den Kirchen und anderen Institutionen nach der Bundestagswahlabsicht

Frage: Wir haben hier einige Einrichtungen des öffentlichen Lebens aufgeschrieben und möchten gerne wissen, ob Sie diesen Einrichtungen vertrauen oder nicht vertrauen. Sagen Sie es mir bitte anhand dieser Skala: +5 heißt, daß Sie der Einrichtung voll vertrauen, –5 heißt, daß Sie ihr überhaupt nicht vertrauen. Mit den Werten dazwischen können Sie Ihre Meinung abgestuft sagen.

Wie ist das mit ...

„Skalen-Mittelwerte“	Bundestagswahlabsicht					
	Gesamt	CDU/CSU	SPD	FDP	Grüne	Rest
Basis	2087	808	775	103	112	288
Gerichte	2,4	2,8	2,5	2,5	0,4	1,9
Bundestag	2,0	2,8	1,7	2,8	-0,1	1,0
Kirchen	1,9	2,9	1,5	2,0	-0,3	1,1
Polizei	2,5	3,0	2,4	2,6	-0,2	2,1
Bundesverfassungsgericht	2,8	3,2	2,8	3,3	1,2	2,1
Fernsehen	0,9	1,0	0,9	0,8	-0,4	0,8
Bundesregierung	1,6	3,1	0,7	2,4	-1,0	0,9
Datenschutzbeauftragter	1,1	1,7	0,8	1,7	-0,3	0,5
Bundeswehr	2,0	2,7	1,8	2,3	-1,1	1,4
Presse	0,3	0,4	0,4	0,4	-0,6	0,2
Bundespräsident	3,1	3,8	2,9	3,3	0,6	2,4

Quelle: IPOS, Einstellungen zu aktuellen Fragen der Innenpolitik 1984, Mannheim 1984

Gottesdienstbesuch ist zunächst nur ein Indiz für „Kirchlichkeit“, nicht unbedingt alleiniges Indiz für „Religiosität“. Die Kirchen haben sinnstiftende Funktionen; zumal in einer Zeit zunehmender Orientierungslosigkeit, die in allen modernen, plural verfaßten Industriegesellschaften um sich greift, ist das Bedürfnis nach Orientierung junger Menschen besonders groß.

---

### Neue religiöse Sozialisationsfelder

---

Innerhalb der jungen Generation haben wir es mit zwei gegenläufigen Tendenzen zu tun, einerseits mit einer Entfremdung von der Institution Kirche, andererseits aber auch mit einem deutlichen Zulauf zu striktesten Ordensgemeinschaften, zu Jugendsekten, aber auch zu Versuchen, neue spirituelle Erfahrungen zu sammeln. Dies korrespondiert mit einer generellen Tendenz in der Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland. Es gibt eine Suche nach neuen religiösen Erfahrungen, wodurch auch neue religiöse Sozialisationsfelder entstehen. So interessieren sich nach einer Untersuchung von Gerhard Schmidtchen 26 % der bundesdeutschen Bevölkerung für Körperbeherrschung durch Konzentrationsübungen (autogenes Training), 15 % für Akupunktur, 15 % für Astrologie, 12 % für Yoga, 11 % für Selbsterfahrung in der Gruppe, 11 % für Meditation. Schmidtchen: „Allgemein scheint das Bedürfnis nach gesellschaftlich nicht unmittelbar gegebenen Erlebnissen gerade auch außerhalb des Kreises der Kirchenbesucher recht ausgeprägt zu sein. Dies ist zweifellos ein Ansatzpunkt für religiöse Gestaltungsmöglichkeiten, von denen zur Zeit der gruppenspezifische Zweig der Psychologie in erheblichem Umfang profitiert.“ Hier liegt auch ein wichtiger Ansatzpunkt sogenannter „neuer Jugendreligionen“, die auch gelegentlich „Jugendsekten“ oder „destruktive Kulte“ genannt werden.

Zählt man die Personen zusammen, die sich überhaupt für meditative Techniken interessieren, also autogenes Training, Yoga, Meditation allein oder in der Gruppe, Selbsterfahrung in der Gruppe (und als allgemeinstes: mit anderen Menschen zusammen sein), so zeigt sich, daß große Bevölkerungsgruppen sehr intensiv an Techniken der Meditation interessiert sind. Je höher der Bildungsstand des einzelnen ist, desto ausgeprägter ist das Interesse an meditativen Techniken. Wie in der bereits genannten Untersuchung von Schmidtchen nachgewiesen wurde, sind junge Menschen für Meditation und damit zusammenhängende Techniken in besonderem Maße ansprechbar: Personen mit Abitur meldeten zu 47 % mindestens zwei Interessensbereiche im Bereich meditativer Techniken an, Personen mit mittlerer Reife zu 42 % und Personen mit Volksschulbildung nur zu 26 %.

In diesem Zusammenhang stellen insbesondere die „Jugendsekten“ eine besondere Herausforderung an die Kirchen dar, zeigt doch deren Existenz,

daß es innerhalb der jungen Generation religiös Bewegte gibt, die sich außerhalb des Einflusses der Kirchen begeben haben. Sie sind auch nur im Zusammenhang mit einem „Psychoboom“ zu interpretieren durch die Suche nach Geborgenheit, Wärme und nach gemeinschaftlichem Erleben. Diese „neue Innerlichkeit“ schlägt sich in meditativen Formen und in religiösen Gemeinschaften wie z. B. Jugendsekten nieder, in denen häufig eine Führerpersönlichkeit mit Absolutheitsanspruch dominiert, eine relativ einfache, überschaubare Lehre mit einem Errettungsgedanken und in denen eine geschlossene Heilsgemeinschaft vertreten wird, die sich vorwiegend an Jugendliche oder an junge Erwachsene wendet. Wer die verschiedenen Literaturangebote im Bereich der jugendlich geprägten Subkultur wie z. B. auf der kürzlich in Frankfurt a.M. durchgeführten „Gegenbuchmesse“ analysiert, wird erstaunt sein, wieviele Publikationen nicht nur aus dem Bereich der sogenannten Jugendsekten angeboten werden, sondern auch Schriften zur Astrologie, zum Okkultismus, zum Besprechen und zur Wahrsagerei.

---

### Legitimationskrise von Kirche und Gesellschaft

---

Wir haben in unserer Gesellschaft eine Legitimationskrise zu verzeichnen, die nicht nur den engeren politischen Bereich, sondern auch Großorganisationen in unserer Gesellschaft, wie z. B. die Kirchen, trifft. Diese Legitimationskrise zeigt sich darin, daß vielfach durchaus berechtigte Kritik an einzelnen Mißständen als eine Generalkritik an unserer Gesellschaft schlechthin umgemünzt wird. Wie in den meisten westlichen Gesellschaften, so trat in der Bundesrepublik Deutschland – verstärkt durch die Folgen des Zweiten Weltkrieges (z. B. Vertreibung) – eine Entwicklung ein, die von Krockow als „Auflösung des Milieus“ bezeichnete. Sie war nicht zuletzt durch den rapiden gesellschaftlichen, ökonomischen und technologischen Wandel bedingt. Während der einzelne sich in früheren Jahren wie selbstverständlich in seinem speziellen Milieu eingebettet fand – im ländlichen, urbanen, evangelischen oder katholischen, bürgerlichen oder proletarischen –, so fand in der Nachkriegsgesellschaft ein außerordentlicher „Modernitätsschub“ statt, der die Schutzfunktion des Milieus beseitigte und bei vielen Orientierungslosigkeit hervorrief. Als Ersatz für Milieus entwickeln sich in der modernen arbeitsteiligen Gesellschaft mit der Tendenz zur Anonymität alternative Gruppen und Subkulturen außerhalb der etablierten Ordnung, in denen Geborgenheit und Orientierung, Sicherheit und menschliche Wärme gesucht werden.

Hinzu kommt, daß durch eine spezifische Form von „Gegenöffentlichkeit“ in unserer Gesellschaft keine Aussage wirklich mehr gilt, die nicht sofort als hinterfragungswürdig „entlarvt“ wird. Es gibt keine politische, wissenschaftliche oder auch theologische Erkenntnis, die nicht gleich wieder durch Alternativgutachten oder Gegenäußerungen bestritten wird.

So sehr dies berechtigterweise demokratischen Grundprinzipien entspricht, so sehr ruft doch die Tatsache, daß wichtige Aussagen und Erklärungen immer wieder relativiert werden, vor allem in der jungen Generation Orientierungslosigkeit hervor. In diesem Zusammenhang ist auch eine Anmerkung zur Rolle der Medien am Platze; denn in diesen wird vielfach das Außergewöhnliche durch eine spezifische Form der Berichterstattung zur Normalität erhoben. Wenn z. B. von 16 118 evangelischen Pfarrern nur zwei bei einer Großdemonstration mit wehenden Talaren vor den Fernsehkameras erscheinen, dann wird allzu leicht der Eindruck vermittelt, die Kirche schlechthin stünde hinter welchen wie auch immer gearteten Aktionen. Daß aber die restlichen 16 116 Pfarrer zum gleichen Zeitpunkt ihren Dienst in anderer Weise nachgehen, wird hierbei nicht berichtet. In diesem Zusammenhang ist es als wohltuend empfunden worden, welche Worte der EKD-Ratsvorsitzende, Bischof Lohse, anlässlich des Jahresempfanges der EKD vor kurzem in Bonn zur eigentlichen und zur täglichen Aufgabe der Pfarrer sagte, nämlich daß die evangelischen Pfarrer ihre Aufgabe in Verkündigung und Seelsorge sehr ernst nehmen und auch ihren Auftrag an der Gemeinde sehen und wahrnehmen.

Früher ging im wesentlichen die Vermittlung von Wertpositionen über die Schulen, zunächst einmal über die Elternhäuser. Aus vielen Gründen sind diese traditionellen Mittler von Werten in Frage gestellt. An deren Stelle ist in vielfacher Weise das Fernsehen als Schule der Nation getreten. Das Rad der Zeit kann sicherlich nicht zurückgedreht werden. Wer aber Diskussionen z. T. schon von Grundschulern miterlebt, weiß, unter welcher ganz anderen Sozialisationsbedingungen heute junge Menschen aufwachsen. Gerade in den Medien wird eine radikale Infragestellung der traditionellen Werte wie z. B. Liebe, Vertrauen, Solidarität etc. vollzogen. Im Grunde werden in den Medien häufig alle transzendentalen Bezüge verneint, im übrigen mit der Folge, daß mystische Bedürfnisse eher verstärkt werden. Wir müssen gewahr werden, daß in unserer Gesellschaft eine breite Säkularisierung stattgefunden hat, übrigens auch eine

Säkularisierung in der Theologie. Diese Säkularisierung führte zu leeren Kirchen und innerhalb der Pfarerschaft häufig nach einer Suche und gelegentlich auch nach Neubestimmung des Auftrages. Hinzu kommt insgesamt ein Wertewandel, der sich in allen wesentlichen Industriegesellschaften niederschlug – z. B. in Fragen der Einstellung zur Arbeit, zum Beruf, zur Ehe als Institution u. ä. Gleichwohl ist das Bild der jungen Generation alles andere als einheitlich. Einerseits werden die früher wie ganz selbstverständlich von der Kirche gesetzten Werte z. B. im Zusammenhang mit Ehe und Familie weitgehend in der jungen Generation abgelehnt oder von einem utilitaristischen Standpunkt her betrachtet. Andererseits gibt es in weiten Teilen der jungen Generation einen hohen Idealismus, auch eine tiefe Sehnsucht nach Humanismus.

### Welche Konsequenzen für die Kirchen?

Welche Konsequenzen wären hier für die Kirchen zu ziehen?

1. Zunächst ist die Frage zu stellen, ob nicht der oben konstatierten Säkularisierung hätte wirksamer begegnet werden sollen. Mir ist aufgefallen, daß die evangelische Predigt von einer vielfach überbetont dogmatischen Predigt (Karl Barth) sich hin zu einer sehr stark auf Gegenwartsfragen ausgerichteten Sonntagsrede entwickelt hat. Hier ist vielleicht ein Hinweis zur Situation an den Evangelischen Fakultäten angebracht: Mir scheint hier eine Tendenz weg von der möglichen Überbetonung der systematischen Theologie (Dogmatik und Ethik) in den 50er und 60er Jahren hin zu einer fast übermächtigen Betonung der praktischen Theologie vorzuliegen. Und die Frage, wie sage ich es meinem Hörer, ist fast schon den Inhalt bestimmend, was sage ich meinem Hörer. Aufgrund der dargestellten Säkularisierungstendenzen ist es sicher zweifelhaft, ob es kurzfristig gelingen kann, die junge Generation stärker an die Kirche zu binden – vielleicht von punktuellen und häufig nur kurzzeitigen Erfolgen abgesehen, wenn man hier einmal an Teile der Friedensbewegung denkt. Andererseits ist zu bedenken, wie stark junge Leute von Taizé angezogen sind. Darüber hinaus ist offensichtlich, und muß bedenklich stimmen, welchen Einfluß gerade quasireligiöse oder religiöse Sekten auf Teile der jungen Generation haben können.

2. Ich möchte meine Kirche ermuntern, doch auch einmal mutig gegen die Säkularisierungstendenzen bei allen notwendigen Veränderungen vom Unveränderlichen, vom Gottesauftrag in der Welt und den sich daraus ergebenden Konsequenzen zu sprechen. Politische Predigten können sich allzu leicht als ein „Haschen nach dem Wind“ (Prediger Salomos) herausstellen. Das heißt nicht, daß etwa die Kirche unpolitisch sei oder sein solle, weil in einem demokratischen Rechtsstaat im Raum des Politischen ein unpolitischer Standpunkt an sich unmöglich ist bzw. auch höchst politisch wäre.

Einstellung zu den Kirchen und anderen Institutionen nach Alter und Schulbildung								
„Skalen-Mittelwerte“	-34		-34		+35		+35	
	Gesamt	Volks- schule	Mittel- schule	Abitur	Volks- O.Lehre	Volks- M.Lehre	Mittel- schule	Abitur
Basis	2087	272	252	115	371	674	313	90
Gerichte	2,4	1,9	2,3	1,7	2,4	2,6	2,7	2,3
Bundestag	2,0	1,6	1,7	0,7	2,2	2,1	2,3	2,5
Kirchen	1,9	1,3	1,0	-0,0	2,8	2,3	2,0	2,1
Polizei	2,5	2,2	1,7	0,4	3,0	2,8	2,8	2,2
Bundesverfassungsgericht	2,8	2,5	2,5	2,0	2,7	2,9	3,2	3,5
Fernsehen	0,9	1,0	0,6	-0,2	1,2	1,0	0,8	0,5
Bundesregierung	1,6	1,1	1,1	-0,2	2,1	1,8	1,8	2,2
Datenschutzbeauftragter	1,1	0,9	0,8	-0,2	1,2	1,3	1,1	1,9
Bundeswehr	2,0	1,7	0,9	-0,2	2,6	2,4	2,2	2,3
Presse	0,3	0,4	0,2	-0,5	0,5	0,4	0,4	0,2
Bundespräsident	3,1	2,6	2,2	1,6	3,6	3,3	3,4	3,5

Quelle: IPOS, Einstellungen zu aktuellen Fragen der Innenpolitik 1984, Mannheim 1984

Kirche muß darauf achten, daß sie die vom Evangelium zu erhebenden Forderungen und Mahnungen nicht mit politischen Lösungswegen verwechselt. Um es pointiert zu sagen: Das Evangelium gibt uns keine Handlungsanweisungen für unser politisches Handeln. Es gibt uns gleichwohl Hinweise auf die Ziele unseres Handelns, z. B. Frieden, Gerechtigkeit oder Menschenwürde. Es gibt eine vom Evangelium her zu verantwortende Ethik, aber keine vom Evangelium her abzuleitende konkrete Politik: Maßstäbe ja, Lösungen nein. Es gibt nämlich keine evangeliumsgemäße politische Erkenntnis, die über die Erkenntnisse der humanitären Vernunft hinausreicht.

3. Auch der politische Prediger gewinnt Jugend nicht für den Gottesdienst, weil das Medium Gottesdienst sich selbst der politischen Botschaft als Übermittler verschließt und nicht nur viele traditionelle Christen heimatlos werden, sondern auch kurzfristig gewordene jugendliche Kirchgänger werden dann wieder verloren, wenn das Interesse an einer bestimmten politischen Frage wieder nachläßt. *Aus meiner Sicht ist es Aufgabe der Kirche, allen immanenten Fragestellungen immer wieder mit dem Hinweis der Transzendenz zu begegnen. Das ist die ureigenste Sache der Kirche, ihre eigentliche Kompetenz.*

4. Es gibt keine andere Großorganisation – worauf oben bereits hingewiesen wurde –, die in allen Ebenen bis hin in die kleinsten Gemeinden mit eigenen hauptamtlichen, zudem noch akademisch ausgebildeten Kräften vertreten ist und dort über eine wohl funktionierende Infrastruktur verfügt. Es ist zu fragen, ob diese Möglichkeiten nicht viel zu defensiv hinsichtlich des eigentlichen Auftrages der Kirchen genutzt werden.

*Der Bereich des Kirchenunterrichts, des Konfirmandenunterrichts, ist hier an erster Stelle zu nennen.* Es ist doch ein verblüffendes Moment der Volkskirche, daß trotz rückläufiger kirchlicher Bindungen die Kinder weiterhin fast vollzählig zum kirchlichen Unterricht geschickt werden. Der Konfirmationsunterricht ist nach wie vor die entscheidende Begegnung zwischen Kirche und Jugend, bei der es sich entscheidet, ob eine langfristige Bindung entsteht oder eine langfristige Lösung von der Kirche programmiert wird. Auch beim Konfirmationsunterricht – ähnlich wie beim Religionsunterricht in den Schulen, der häufig genug eher zu einem Fach „Ethik“ denaturiert wird – wäre es m. E. ein Trugschluß, wenn sich dieser nur an den „Bedürfnissen“ der Jugend orientierte.

5. *Auch die Frage der Jugendarbeit stellt sich.* Überspitzt formuliert: Wenn Jugendarbeit nur noch in Form von Diskotheken stattfindet, verliert diese Arbeit an inhaltlichem Profil und Anspruch, der, um einen Buchtitel zu zitieren, in „Glaubenshilfe als Lebenshilfe“ besteht. In diesem Zusammenhang ist an den Rückgang des Einflusses der konfessionellen Jugendorganisationen im Bereich der jungen Generation zu erinnern. Waren noch nach Umfragen im

Jahre 1953 12% der jungen Generation Mitglied in konfessionellen Jugendgruppen und im Jahre 1954 noch 10%, so waren es 1964 noch 7% und 1975 lediglich noch 6%.

6. Jeder Sozialwissenschaftler wird wohl begrüßen, daß eine Änderung des Verhältnisses zwischen praktischer Theologie und den Humanwissenschaften zu konstatieren ist. *Gelegentlich drängt sich jedoch der Eindruck auf, daß in einigen Gemeinden schon fast allzusehr Konzepte der Humanwissenschaft das Gemeindeleben bestimmen. Denn in manchen Bereichen beginnen immer mehr Psychologie und Soziologie das Denken und Handeln mancher Theologen zu beherrschen.* Besonders auffällig ist nämlich, daß gruppenspezifische und psychoterapeutische Angebote im Gemeindeleben zunehmen. Pfarrer sind aber keine Psychotherapeuten, weil sie hierzu nicht ausgebildet sind. Die Gefahr des Dilettantismus ist nicht auszuschließen.

Alle Zeichen weisen darauf hin, daß ein Ansteigen des Interesses für religiöse Fragen in der jungen Generation zu beobachten ist. Dies muß für die Kirchen Ansporn sein, verloren gegangenes Vertrauen zurückzugewinnen.

(Entstehung und Erscheinungsform der „Grünen“ beschreibt Gerd Langguth in Heft 1/85 der Vierteljahresschrift „Eichholzbrief“, die diesmal dem Thema „Die Grünen und der Parlamentarismus“ gewidmet ist. Verlag: Ernst Knoth, Postfach 226, 4520 Melle 1, Einzelheft 2,- DM, jährlich 7,20 DM + Porto.)

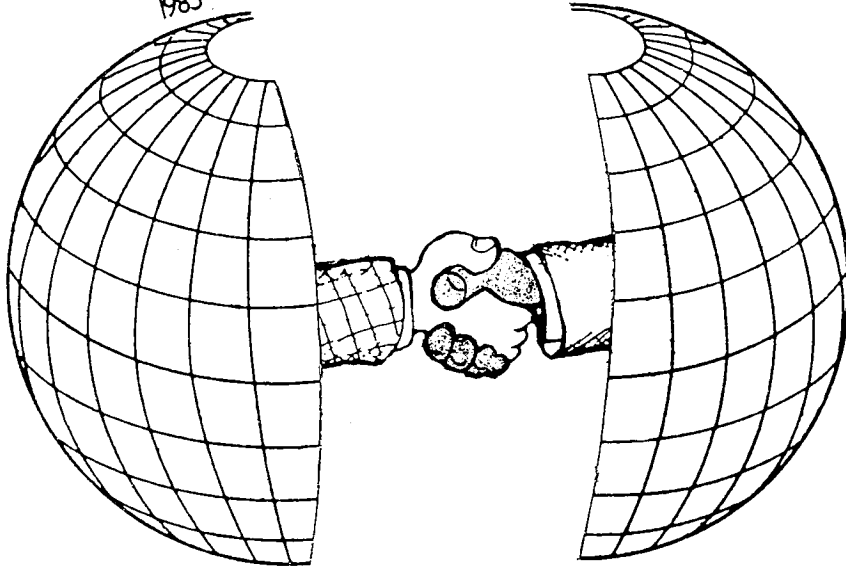
## Aus dem Inhalt

Säkularisierung und „neue Frömmigkeit“ Gerd Langguth	1
Jugend hilft Jugend in der Dritten Welt	6
Fernab einer unmittelbaren Einbindung Eberhard Winterhager	7
Personen und Persönliches	9
Alltag – Arbeit – Alkohol Andreas Lehmann	10
DRESDEN – Februar 1945	13
Buchbesprechung	14
Aus unserer Arbeit	15
Termine	16

**Hinweis:** Wenn Sie an Informationen über den Evangelischen Arbeitskreis, an einer Mitarbeit oder am Bezug der Evangelischen Verantwortung interessiert sind, bitte ich um Ihre Zuschrift: Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU, Bundesgeschäftsführer Erhard Hackler, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn 1.



## Jugend hilft Jugend in der Dritten Welt



Das Internationale Jahr der Jugend 1985 wurde von den Vereinten Nationen unter das Motto „Mitswirkung, Entwicklung, Frieden“ gestellt. Der Heinrich-Köppler-Jugendpreis 1985 greift das Thema „Entwicklung“ auf und will das Engagement junger Menschen auszeichnen, die sich der Hilfe und Unterstützung der Kinder und Jugendlichen in den Ländern der Dritten Welt annehmen.

Gefragt sind Aktivitäten, die die Situation der jungen Generation in den Staaten der Dritten Welt aufzeigen und dokumentieren, wie die Lebensbedingungen dort aussehen und gleichzeitig Wege zeigen, wie eine praktische Hilfe geleistet werden kann.

Gefragt sind nicht das verbale Solidaritätsbekenntnis, sondern die menschliche Hilfe.

Gefragt ist beispielsweise Patenschaften von Schulklassen zu Klassen in Ländern der Dritten Welt oder Aktionen von Jugendgruppen, die besondere Aktivitäten zugunsten Hilfesuchender in der Dritten Welt organisieren.

Solche und ähnliche Aktivitäten wollen wir auszeichnen und damit gleichzeitig Beispiele aufspüren, wo man nicht nur über Entwicklungshilfe theoretisiert, sondern mit praktischem Beispiel vorangeht.

Junge Menschen sind oft engagiert für Schwächere, für junge Mitbürger in unserer Gesellschaft, für Benachteiligte in anderen Ländern, für Natur- und Umweltschutz, für ausländische Arbeitnehmer, für Frieden und Freiheit in der Welt...

Trotzdem wird es häufig so dargestellt, als wüßten junge Menschen nur, wogegen sie sind.

Heinrich Köppler war vorbildlich in seinem Engagement. Er war Vorsitzender des Deutschen Bundesjugendringes und des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend. In der CDU galt sein Interesse und sein Einsatz vor allem jungen Menschen. Deshalb hat die Junge Union Deutschlands den Heinrich-Köppler-Jugendpreis geschaffen, um im Andenken an Heinrich Köppler einen klaren Anreiz für jugendliches Engagement zu geben.

Der Heinrich-Köppler-Jugendpreis der Jungen Union Deutschlands wird alle zwei Jahre offen ausgeschrieben.

---

### Wer kann teilnehmen?

---

Jede Gruppe, jede Organisation, jeder Freundeskreis, jede Initiative und jeder andere Zusammenschluß von jungen Menschen, also z. B. eine Schulklasse, eine Sportjugendgruppe, eine junge Bürgerinitiative, kulturelle, kirchliche, gewerkschaftliche, Jugendorganisationen...

---

### Wer kann vorschlagen?

---

Jeder. Der Vorschlag sollte eine Beschreibung des Engagements enthalten.

Ausgezeichnet wird persönliches, menschliches, vor allem ehrenamtliches Engagement, also Gruppen, die ihre Selbst- und Eigeninteressen hinten anstellen und sich besonders für Jugendliche in der Dritten Welt einsetzen. Besonders das langfristige, stille und daher häufig unbeobachtete Engagement soll ausgezeichnet werden.

Alle Vorschläge werden einer unabhängigen Jury vorgelegt. Diese Jury entscheidet dann über die Preisverleihung. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen. Die Preise werden dann im Rahmen einer öffentlichen Feierstunde übergeben.

Der erste Preis besteht aus 3 000 DM, der zweite Preis aus 2 000 DM, der dritte Preis aus 1 000 DM.

---

**Der Wettbewerbsschluß für die Ausschreibung des Heinrich-Köppler-Jugendpreises 1985 ist der 31. März 1985. Bis dahin müssen alle Vorschläge oder Bewerbungen bei der Jungen Union Deutschlands, Annaberger Straße 283, 5300 Bonn 2, vorliegen.**

# Fernab einer unmittelbaren Einbindung

– Die evangelische Kirche sucht nach ihren Gliedern –

Eberhard Winterhager

Der Chefredakteur der Siegener Zeitung, Dr. Eberhard Winterhager, würdigt in seinem Beitrag die Ergebnisse der 2. EKD-Umfrage über Kirchenmitgliedschaft, die unter dem Titel „Was wird aus der Kirche?“ im Gütersloher Verlagshaus Gerd Mohn von Johannes Hanselmann, Helmut Hild und Eduard Lohse herausgegeben worden sind. Mit diesem Buch, auf das wir in Heft 12/1984 der EV aufmerksam machten, beschäftigt sich auch die Betrachtung von Peter H. Blaschke „Kirche – morgen?“ in der Januar-Ausgabe 1985 der von Prof. Arnold Dannenmann herausgegebenen Zeitschrift „Die Glocke“. Blaschke: „Die Krise der Volkskirche zeigt sich an den Kirchaustritten“.

„Wenn die Philosophie ihr Grau in Grau malt, dann ist eine Gestalt des Lebens alt geworden“, hat der vielleicht anspruchsvollste unter den deutschen Denkern, G. W. F. Hegel, geschrieben. Man wird in dem Gedanken das Wort „Philosophie“ wohl mit dem Wort „Theorie“ gleichsetzen können. Eine „Gestalt des Lebens“ nun scheint tatsächlich alt geworden zu sein, wenn man das von der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) herausgegebene Buch „Was wird aus der Kirche?“ in Augenschein nimmt.

## „Marketing für den Glauben?“

Mit den Mitteln der Sozialwissenschaften, der Theorie also, wird hier der Frage nachgegangen, was die Glieder der Kirche mit dieser verbindet und was sie von ihr trennt. Profane sozialwissenschaftliche Erhebungen über die Kirchenmitgliedschaft durchleuchten, was nach der ureigensten Überzeugung der Kirche eine existenzielle Bindung sein soll. Indem die Analyse mit ihrem „Grau in Grau“ in einen solchen Bereich eindringt, beginnt die Distanz oder wird die Distanz schon offen dokumentiert: Wer eine Theorie darüber ins Werk setzt, warum er vor der Gottheit die Knie

beugt, der wird nur zu leicht seine eigene Demutsgebärde in Frage stellen oder sie längst in Frage gestellt haben.

Dennoch aber wäre es unangemessen, der Kirche wegen einer solchen Untersuchung – nach 1974 übrigens die zweite – Vorwürfe zu machen. Wo Probleme im menschlichen Leben auftreten, ist es dem Menschen gemäß, sie theoretisch zu durchdringen. Abgesehen davon ist gerade auch das Lehrgebäude der Kirche theoretisch-wissenschaftlich durchgebildet. Dennoch ist es etwas anderes, den Glauben selber über Vernunftargumente zu läutern, als die Bindung der Menschen an diesen Glauben mit Umfragetechniken zu ermitteln. Solche Techniken werden aber genauso im Wirtschaftsleben benutzt und sie münden dann in einem „Marketing“ für ein Wirtschaftsgut. „Marketing“ für den Glauben an den gekreuzigten Christus, wäre das das letzte Ziel solcher Untersuchungen?

Schon die Frage, ob man solchen Jargon vom „Marketing“ der Kirche nicht um der Würde der Sache willen meiden sollte, nähert sich dem, was auch die Analyse der EKD bewegt. Die Veröffentlichung nennt den Kern, um den es der Kirche geht, die „Bestimmtheit“ der Aussagen über die Wirklichkeit Gottes und die Christus Offenbarung. Wenn man in Sachen Kirchenbindung eigene Worte der EKD verwenden will, dann läßt sich bezüglich der Absetzbewegung vieler Menschen von einer „Kirchenflucht“ reden. In zehn Jahren sind immerhin rund 1,5 Millionen Menschen aus der evangelischen Kirche ausgetreten. Diese Entwicklung läßt sich nur so deuten, daß der Glaubensinhalt, daß jene „Bestimmtheit“ für sie die Verbindlichkeit verloren hat oder unbestimmt geworden ist.

## Christliche Botschaft – innerer Maßstab oder Parteiprogramm?

Unter der Voraussetzung, daß die christliche Botschaft nichts von ihrer Geltung eingebüßt hat, muß der Verlust der Verbindlichkeit oder der Bestimmtheit der Botschaft auf Veränderungen in den sozialen Umfeldern der Menschen und in den Menschen selber zurückzuführen sein. Daß dem so ist, weist auch die EKD-Analyse aus. So findet etwa schon im Elternhaus eine intensive Heranführung an den christlichen Glauben zumeist nicht mehr statt. Die Einübung einer auf die Kirchengemeinde ausgerichteten Lebensweise von Kindesbeinen an gibt es noch in religiösen Gemeinschaften, in der evangelischen Kirche aber wohl nur mehr in Ausnahmefällen. Auch die Schule dürfte weit überwiegend eher die reflektierte Distanz denn die Einbindung in die Kirche vermitteln.

Möglicherweise um diesen Trend aufzuhalten, suchen manche Pfarrer ein Betätigungsfeld in Gruppen, die nicht eigentlich kirchlich orientiert sind. So finden sich Seelsorger in Parteien oder gesellschaftskritischen Vereinigungen usw., wo sie sich teilweise eine Art „Gemeinde“ zu versichern scheinen. Gerade damit aber tritt ein vergleichbares Problem auf wie oben bei dem Jargon um ein kirchliches „Marketing“: Über das politische oder gesellschaftskritische Engagement von Pfarrern verliert in einem Staat mit gesicherten Menschenrechten und ausgebautem Wohlfahrtssystem die christliche Botschaft ihre Bestimmtheit. Nur wenn diese Botschaft nämlich einen existenziellen Sinn hat, ist sie nicht austauschbar mit Parteiprogrammen und ähnlichem. Ihr existenzieller Sinn aber rechtfertigt ein politisches Engagement von Pfarrern nur, wenn



menschliche Existenz von politischem Handeln oder Unterlassen bedroht ist. Wo demgegenüber die Politiker z. B. selber um den Frieden bemüht sind, kann es nicht Sache von Pfarrern sein, ihre eigene Kompetenz in diesen Fragen höher anzusetzen.

Natürlich sind solche Theologen nicht der einzige Grund für die Kirchenflucht, vielleicht treten sie sogar eher als Folge der Kirchenflucht auf, um die Bedeutung ihrer Botschaft an Problemen des täglichen Lebens zu vermitteln. Entscheidender dürfte deshalb wohl ein ganzer Komplex von Gründen sein, die man – vielleicht sehr grobschlächtig – unter dem Begriff „vermeintliche oder tatsächliche Aufklärung“ zusammenfassen könnte. Dazu zählen vielerlei Gesichtspunkte. So hat der Mensch der Gegenwart etwa gelernt, Ängste um seine Gesundheit, Ängste um seine Zukunft usw. als Sache des Arztes, des Staates und dergl. auszumachen. Gegen die Not, die nach dem Sprichwort beten lehrt, gibt es in den hochentwickelten Ländern umfassende Sozialversicherungssysteme u. a. m.

Solche Erfolge einer aufgeklärten Haltung der Menschen aber schießen vielfach auch übers Ziel hinaus. Das vermeintlich sichere staatliche System hat sogar die eigentlichen Nöte in andere Dimensionen verschoben. So lernen die Menschen keineswegs mehr, daß der Besizende dem Armen helfen muß Warum denn auch? Er muß ja Steuern und Abgaben in Hülle und Fülle zahlen, damit das soziale Netz funktioniert. Damit zusammenhängend verinnerlicht der Mensch viele Grundregeln der Menschlichkeit nicht mehr wirklich, seien sie nun religiöser oder nur moralischer Herkunft. Solche Elemente machen somit immer weniger einen Teil der ureigensten Persönlichkeit von Menschen aus. Die vermeintliche Aufklärung hat Persönlichkeitselemente abgebaut oder doch überlagert, die früher vielen Menschen „Licht in dunkelster Nacht“ bedeuteten.

In diesem Umfeld – das wohl auch für die katholische Kirche eine wachsende Bedeutung gewinnen dürfte – hat sich Kirche zurechtzufinden. Ob sie jemals in der Lage

sein wird, ihre Botschaft vielen Menschen so nahe zu bringen, daß sie diesen wieder zum innerlich verankerten Maßstab, zur „Innenleitung“ (nach dem amerikanischen Sozialwissenschaftler Riesman) gereicht, kann man bezweifeln. Wahrscheinlicher ist es, daß Kirche vermehrt an den „außengeleiteten“ Menschen verwiesen ist, an jenen Menschen, der über eine vermeintliche Aufklärung gar zu oft an einem Sinnverlust krankt. In beinahe makabrer Weise wird das Vorwiegen der bloßen Außenleitung unter vielen Mitgliedern der EKD in deren jüngster Analyse bestätigt: Der Hauptgrund, der bei 47% der Befragten gegen den Kirchenaustritt spricht, ist der, daß man nicht mehr kirchlich beerdigt werden könnte.

„Christ sein ist etwas Großes und so Schweres, daß man bescheiden sein und sagen sollte, wir wollen versuchen, Christen zu sein. Wir wollen unter keinen Umständen von uns behaupten, daß wir Christen schlechthin seien.“

Konrad Adenauer vor der Hermann-Ehlers-Gesellschaft, 22. Juni 1956.

### Trendwechsel?

Kann die Kirche solche Entwicklungen umkehren? Es spricht einiges dafür, daß der bloß außengeleitete Mensch, der Mensch, dem nicht ein Kernbestand sittlicher oder sittlich-religiöser Elemente zumindest als Perspektive seines Suchens zu eigen ist, für die Kirche ein nicht zu gewinnendes „Missionsgebiet“ ist. Ob sich aber die Innenleitung von Menschen ohne Zeiten einschneidender Not (die hier allemal einen Trendwechsel ausgelöst haben) über ein anderes Erziehungs- und Bildungssystem, vielleicht gar über ein anderes Sozialversicherungssystem wieder herbeiführen läßt, darf man mit

guten Gründen bezweifeln. Auf jeden Fall aber sollte sich die Kirche darauf besinnen, wo sie selber mit zahlreichen „Denkschriften“ usw. das System der Außenleitung und d. h. zugleich einer unechten Aufklärung begünstigt hat, die ihrerseits viele Menschen bis zum Sinnverlust führte. Viele falsche Propheten haben in solchem Umfeld ihre Chance genutzt, weil die Sinnentleerung besonders für junge Menschen oft nicht erträglich ist.

(Die Glocke, Untere Au 41, 7123 Sachsenheim-Hohenhaslach, Tel. 07147/6091.

„Was gilt in der Kirche? Die Verantwortung für Verkündigung und verbindliche Lehre in der evangelischen Kirche“, lautet der Titel des soeben im Neukirchner Verlag des Erziehungsvereins GmbH, Neukirchen-Vluyn, erschienenen Votums des Theologischen Ausschusses der Arnoldshainer Konferenz.

Die Arnoldshainer Konferenz ist ein Zusammenschluß von 12 Kirchenleitungen aus den Gliedkirchen der Evangelischen Kirche in Deutschland. Zu ihr gehören die Evangelischen Kirchen (Landeskirchen) in Baden, Berlin-Brandenburg (Berlin-West), Bremen, Hessen und Nassau, Kurhessen-Waldeck, Lippe, Nordwestdeutschland, Oldenburg, Pfalz, Rheinland, Westfalen und die Evangelische Kirche der Union. Als Gäste arbeiten die Evangelische Landeskirche in Württemberg und das Reformierte Moderamen mit.

Diese Kirchen sind nach ihrer eigenen Bezeugung der Auffassung, daß die Bekenntnisse der Reformation ihre kirchentrennende Bedeutung verloren haben. Darum verstehen sie die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) als Kirche und setzen sich zum Ziel, in gemeinsamer theologischer und kirchenrechtlicher Arbeit die Einheit der EKD zu fördern. Die Broschüre kostet im Buchhandel 5,40 DM).

### Unsere Autoren:

Dr. Gerd Langguth  
Bundeszentrale für politische Bildung  
Berliner Freiheit 7  
5300 Bonn 1

Dr. Eberhard Winterhager  
Obergraben 39  
5900 Siegen

Andreas Lehmann  
Postfach 1369  
4700 Hamm 1/Westfalen

Hans Staiger  
Gartenstr. 152  
6078 Neu-Isenburg



# Personen und Persönliches

**Albrecht Martin**, EAK-Bundesvorsitzender und rheinland-pfälzischer Landtagspräsident, wurde durch die Synode der Rheinischen Landeskirche, die im Januar in Bad Neuenahr tagte, in die Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) gewählt. Dieser gehören 13 rheinische Mitglieder an.

Das 250köpfige Parlament der finanzstärksten und zweitgrößten protestantischen Landeskirche in der Bundesrepublik Deutschland faßte mehrere Beschlüsse zum Thema Südafrika und Namibia. Fortan dürfen die Kirchengemeinden unbefristet unter bestimmten Voraussetzungen Kirchensteuermittel für den umstrittenen Sonderfonds des Antirassismus-Programms des Weltkirchenrates zur Verfügung stellen, aus dem auch die gewaltanwendenden prokommunistischen Widerstandsbewegungen SWAPO und der südafrikanische ANC unterstützt werden. 1984 gaben 31 Gemeinden insgesamt etwa 37 000 DM für den Sonderfonds. In einem Beschluß wird festgestellt, daß innerhalb der Landeskirche „weiterhin unterschiedliche Auffassungen“ darüber bestehen, ob dem Sonderfonds Zuwendungen aus Kirchensteuermitteln gemacht werden dürfen.

**Horst Waffenschmidt**, Mitglied im Landesvorstand des EAK-Rheinland und Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesinnenministerium, lehnte die mit großer Mehrheit getroffenen Entscheidungen in Sachen südliches Afrika ebenso ab wie Albrecht Martin.

**Albrecht Martin** machte jedoch klar, daß er die Mehrheitsüberzeugung „respektiere“, und daß es für die rheinische Kirche darauf ankomme, „unter dem Evangelium zusammenzubleiben“.

**Dr. Werner Dollinger**, Bundesverkehrsminister und stellvertretender EAK-Bundesvorsitzender, hat sich gegen Pornokinos auf Bahnhöfen ausgesprochen, die das Ansehen der Bahn beeinträchtigen. Mit einem neuen Konzept unter dem Motto „Kultur-Service“ sollen jetzt die Kinos zu „Zentren attraktiver Unterhaltung und Kommunikation“ gemacht werden.

**Friedrich Bohl**, MdB aus Marburg, wurde mit überwältigender Mehrheit zum neuen Parlamentarischen Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion gewählt. Der „Rheinische Merkur“ nannte ihn „unzweifelbar ein Talent“, und das „Deut-

sche Allgemeine Sonntagsblatt“ rühmte seine Wachsamkeit und Cleverness im Flick-Untersuchungsausschuß.

Friedrich Bohl, Rechtsanwalt und Notar in Marburg, unterstützt und fördert nach Kräften die Arbeit des EAK in Hessen.

**Jürgen Warnke**, Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, hat im Einvernehmen mit Bundespräsident **Richard von Weizsäcker** den „**Journalistenpreis Entwicklungspolitik 1984**“ ausgeschrieben. Mit dem Preis, der 1975 ins Leben gerufen wurde und der jährlich wechselnd für Beiträge in Zeitungen/Zeitschriften, Hörfunk und Fernsehen vergeben wird, sollen diesmal Berichte in Zeitungen und Zeitschriften ausgezeichnet werden, die im Jahre 1984 veröffentlicht wurden und durch ihre außergewöhnliche Qualität dazu beigetragen haben, daß Bewußtsein der deutschen Öffentlichkeit für die Notwendigkeit partnerschaftlicher Zusammenarbeit zwischen Industrie- und Entwicklungsländern zu fördern.

Einsendeschluß: 15. März 1985.

Teilnahmebedingungen und weitere Auskünfte bei: BMZ-Pressereferat, Karl-Marx-Straße 4-6, 5300 Bonn 1, (Telefon 02 28/535-451/452).

**Dr. Helmut Müller (Marburg)**, Unternehmer und Mitglied des Rates der EKD, wurde jetzt zum Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Unternehmer (ACU) in der internationalen Unternehmerorganisation UNIAPAC gewählt. Die Arbeitsgemeinschaft setzt sich aus dem Arbeitskreis Evangelischer Unternehmer, dessen Vorsitzender Müller ist, und dem Bund Katholischer Unternehmer zusammen. Die UNIAPAC mit Sitz in Brüssel veranstaltet internationale Kongresse und Gespräche zwischen Kirchen und Unternehmern.

**Professor Rupert Scholz**, Verfassungsrechtler und Berliner Senator für Bundesangelegenheiten, warnte bei dem rechtswissenschaftlichen Kolloquium „Kirche und Staat“ in Berlin vor irreparablen Schäden im Verhältnis von Staat und Kirche: „Aus dem Evangelium folgen keine Antworten auf Verteidigungs- oder Abrüstungsfragen, aus dem Evangelium folgt keine Antwort zu Fragen des Umweltschutzes, des Baus von Kernkraftwerken oder gar der Anlage von Startbahnen auf einem großen Flughafen. Wenn die Kirche oder einzelne kirchliche Amtsträger dies ver-

gessen, so stellen sie das Prinzip der partnerschaftlichen Koordination von Staat und Kirche zur Disposition“, erklärte der Senator.

Abdruck der vollständigen Rede in „Die Welt“, 2. Februar 1985.

**Pfarrer Karl Heinz Neukamm**, Präsident des Diakonischen Werkes der EKD, ist für zwei Jahre zum neuen Vorsitzenden der Behindertenhilfe „Aktion Sorgenkind“ gewählt worden. Wie Neukamm nach der Wahl sagte, wisse er aus eigener Anschauung, wieviel Freude die Aktion schon bereitet hat und welche Entwicklungen in der Behinderten-Arbeit ohne die Mittel aus dieser Aktion nicht möglich gewesen wären. Weitere Vorstandsmitglieder sind der Intendant des ZDF, **Dieter Stolte** (Mainz), und **Tom Mutters**, Bundesgeschäftsführer der „Lebenshilfe für geistig Behinderte“.

**Gunnar Staalsett** wurde am 1. Februar 1985 zum neuen Generalsekretär des Lutherischen Weltbundes in Genf gewählt.

Der 49jährige Generalsekretär der norwegischen Bibelgesellschaft wird am 1. September den US-Amerikaner Carl Mau im höchsten Leistungsamt des internationalen Zusammenschlusses von 99 Kirchen ablösen.

Staalsett, der von einer breiten Mehrheit des derzeit in Genf tagenden Exekutivkomitees des Weltbundes gewählt wurde, verfügt über große Erfahrungen in kirchlicher und politischer Gremienarbeit. Der am Nordkap geborene Norweger, dessen Amtszeit zunächst bis zur nächsten Vollversammlung der Lutheraner 1991 festgesetzt wurde, studierte unter anderem in der Bundesrepublik Deutschland Theologie.

Zu Tode gesteinigt wurde der schwarze südafrikanische **Bischof Emmanuel Seluma**. Der 58jährige, der einer unabhängigen schwarzen Kirche angehörte, hatte als Gast an einem Gottesdienst im schwarzen Wohnviertel der Stadt Alberton (Südafrika) teilgenommen. Dabei war es unter den Kirchgängern zum Streit über die Wahl eines neuen Bischofs gekommen. Als die Auseinandersetzungen in Gewalt übergingen, rief Seluma die Polizei zu Hilfe. Während er noch versuchte, die aufgebrachte Menge zu beruhigen, bewarfen Jugendliche ihn aus bisher ungeklärten Gründen mit Steinen. Am 20. Januar erlag er im Krankenhaus von Alberton seinen schweren Kopfverletzungen.

# Alltag – Arbeit – Alkohol

## Verdrängen wir unsere Suchtprobleme?

Andreas Lehmann

Suchtprobleme – in der guten Gesellschaft gerne totgeschwiegen – sind weithin eine „schlimme Realität“. So werden etwa 2000 Kinder in der Bundesrepublik Deutschland jährlich mit Mißbildungen geboren, weil ihre Mütter alkoholkrank sind. Dies wurde auf einem „Forum“ der Bundesärztekammer in Köln bekannt.

Die Diskussion über süchtiges Verhalten ist längst keine Sache von einzelnen mehr. Denn neben den „klassischen Suchtformen“, wie z. B. Alkoholismus, Medikamenten- und Drogenmißbrauch, drängen immer stärker „moderne Abhängigkeitserkrankungen“ vor: Schnüffelsucht, Spielsucht, Eßsucht, Magersucht, Nikotin, Süßigkeiten und Fernsehen.

Andreas Lehmann, Öffentlichkeitsreferent der Hauptstelle für Suchtgefahren, weist nach, wie differenziert diese Thematik zu sehen ist. Er entwickelt darüber hinaus auch Perspektiven für eine wirksame Abhilfe.

Gleichzeitig weisen wir auf die Aktion „Lohnender Verzicht“ des Blauen Kreuzes in Deutschland e.V. hin, das in diesem Jahr 100 Jahre alt wird. Das Jubiläum dieser Organisation, die 1885 in Hagen/Westfalen ins Leben gerufen wurde, wird am 4./5. Mai 1985 in der Kölner Messe mit einer Großveranstaltung gefeiert.

Die Tatsache, daß die legale Alltagsdroge Alkohol das sozialmedizinische Problem Nr. 1 in der Bundesrepublik heraufbeschworen hat, wird immer noch verdrängt.

Eine einfache kleine Karikatur in einer Tageszeitung hat unlängst wieder einmal schlaglichtartig die von den Massenmedien mit hervorbrachte gesellschaftliche Einschätzung des Drogenproblems in der Bundesrepublik verdeutlicht. Diese Zeichnung zeigte zwei Männer aus der „Väter-Generation“ an einer Wirtshaustheke. Vor sich hatten die beiden eine beträchtliche Anzahl von Bier- und Schnapsgläsern, denen sie ganz offensichtlich weidlich zugesprochen hatten.

„Unsereins“, sagt der eine durch den Dunst seiner Zigarette zum anderen, „hat ja auch seine Probleme... und nehmen wir vielleicht Drogen?“

Alkohol und Nikotin also gelten diesen beiden Männern nicht als Drogen!

Was hier als das Geschwätz leicht angesäuselter Stammtischbrüder wiedergegeben wurde, findet leider immer noch seine Entsprechung in weit verbreiteten gesellschaftlichen Fehleinschätzungen und Vorurteilen. Und daß diese Vorurteile sich bis heute in einem beklemmenden Maße halten konnten, erklären unter anderem die Ergebnisse verschiedener Analysen der Berichterstattung der Massenmedien in den 15 Jahren etwa von 1965 bis 1980 über das Problem Drogen und Drogenabhängigkeit.

Diesen Untersuchungen ist zum Beispiel zu entnehmen, daß die Medien insgesamt fast so häufig über illegale Drogen berichteten wie über Alkohol; zeitweilig sogar häufiger und in grundsätzlichen, problembezogenen Beiträgen auch umfangreicher. Was aber noch wesentlicher sein dürfte: Illegale Drogen werden auf den „bunten Seiten“ abgehandelt, in Nachbarschaft zu „Sex und Crime“. Über das „Konsumgut“ Alkohol dagegen wird häufig im seriösen Wirtschaftsteil berichtet. Über Medikamente und Nikotin wird überhaupt nur selten geschrieben.

Es kommt hinzu, daß die Berichterstattung der Presse vor allem über illegale Drogen mehr auf Einzelfälle und Personen bezogen war als auf das gesellschaftliche Umfeld und das Grundproblem. Besonders über Konsumenten und Abhängige von illegalen Drogen wurde häufig im Zusammenhang

mit Vergehen und Verbrechen, Polizeiaktionen oder spektakulären Unglücks- oder Todesfällen („Toter Fixer auf Bahnhofstoilette...“) in Sensationsmanier berichtet, was eine stigmatisierende Wirkung haben mußte. Die Gefahren im Zusammenhang mit den illegalen Drogen wurden pauschaliert, aufgebauscht und übertrieben. Mehr noch: Die Konsumenten wurden mit pathologisierenden und kriminalisierenden Klischees belegt.

Diese Befunde gelten mit Sicherheit uneingeschränkt bis in die jüngste Zeit. Und da sie nachwirken, ist es verständlich, daß die Bundesbürger erst allmählich zur Kenntnis nehmen, daß die legalen Alltagsdrogen Alkohol und Tabletten das „sozialmedizinische Problem Nr. 1“ in der Bundesrepublik heraufbeschworen haben und nicht die illegalen Drogen.

### Versachlichung und gewachsenes Wissen

Es läßt sich aber erfreulicherweise in den letzten Jahren beobachten, daß die unseriöse Sensationsberichterstattung über Folgen und Opfer der illegalen Drogen zurückgegangen ist, seit sich die „Drogenwelle“ Ende der 70er Jahre auf hohem Niveau „eingependelt“ hat. Damit nimmt auch die falsche Gewichtung der Probleme im Zusammenhang mit legalen und illegalen Drogen ab und die verzerrte öffentliche Diskussion der Sucht- und Drogenthematik geht ein wenig zurück zugunsten einer Versachlichung.

Auch das rationale Wissen der Bürger um Hintergründe und Zusammenhänge der Entstehung von Abhängigkeitserkrankungen und um die Wirkungsweise der verschiedenen Drogen hat zugenom-

men. Vorurteile, die offenbar tief im Emotionellen wurzeln und mit der Abwehr möglicher eigener Betroffenheit zu tun haben, konnten dennoch bis heute nicht im wünschenswerten Maße abgebaut werden. Noch heute gilt ein Suchtkranker der Mehrheit der Bevölkerung eher als charakterschwach (bis haltlos oder verkommen) denn als krank. Und obwohl mehr als die Hälfte der Bürger persönlich einen „Trinker“ kennt, möchten die meisten mit „so einem“ lieber doch nicht näher zu tun haben.

Der Pro-Kopf-Verbrauch an alkoholischen Getränken lag 1982 bei umgerechnet 12,24 Liter reinen Alkohols; er ist damit seit 1975 in etwa konstant. Aber: Während Gesundheitsbewußte zum Alkohol-freien übergehen, trinken andere Gruppen immer mehr. Für die Verteilung der Trinkmenge ergibt sich in etwa folgendes Bild:

– Abstinente oder fast	
Abstinente ca.	20 %
– täglicher oder	
fast täglicher Konsum	
alkoholischer Getränke	80 %
– alkoholgefährdet aufgrund	
des Konsums sind:	
– Männer	14 %
– Frauen	5 %
– behandlungsbedürftige	
Konsumenten	2–7 %

Das bedeutet, daß etwa 1,0 bis 3,4 Millionen Menschen einen behandlungsbedürftigen Alkoholmißbrauchs zeigen. Es wird geschätzt, daß davon 1,5 bis 1,8 Millionen alkoholabhängig, also schon tief in die Suchtkrankheit hineingeraten sind. Jede zehnte Familie ist betroffen. Jeder 7. Mann, jede 20. Frau ist gefährdet.

Es wird davon ausgegangen, daß gegenwärtig etwa 60 000 Personen von illegalen Drogen abhängig sind. Zwar nimmt die Zahl polizeilich festgestellter Rauschgiftdelikte, Täter und Ersttäter seit Jahren zu, doch kann eine Zunahme der Zahl der Abhängigen nicht belegt werden. Die Zahl der Drogentoten hat bis 1979 kontinuierlich auf zuletzt 623 pro Jahr zugenommen, seit 1980 zeigt sich ein Rückgang: 494 (1980), 360 (1981), 383 (1982). 1983 ist die Zahl wieder angestiegen auf 472 Tote. Aber: An den

Folgen von Alkoholmißbrauch und Alkoholabhängigkeit sterben jährlich schätzungsweise 15 000 bis 17 000 Menschen (zum Beispiel Leberzirrhose und tödliche Unfälle).

---

### Suchtproblem Nr. 2: Die bunten Pillen

---

Der Umfang des Medikamentenmißbrauchs ist extrem schwer zu erfassen, da die Symptome einer Abhängigkeit und körperliche Schäden erst nach langer Zeit deutlich werden. In der Bevölkerung und auch innerhalb der Ärzteschaft ist das Mißbrauchspotential einzelner Medikamente häufig nicht bekannt. Experten schätzen die Zahl der Abhängigen (zwei Drittel sind Frauen) auf 200 000 bis 500 000. Es handelt sich dabei vor allem um Schlaf- und Beruhigungsmittel, Schmerz- und Aufputschmittel.

Noch vor 10 Jahren wurde das Zahlenverhältnis suchtkranke Männer – abhängige Frauen mit 7 : 1 angegeben. Heute scheint es bei 3 : 1 zu liegen mit einer Tendenz freilich zu 2 : 1 (und zu 1 : 1 vor allem bei den jugendlichen Drogenabhängigen). Über die Gründe für diese Entwicklung wird noch viel gerätselt und gemutmaßt. Daß diese Erscheinung auf die auch in anderen Bereichen zu beobachtende Angleichung des weiblichen Rollenverhaltens an das männliche zurückzuführen ist, scheint einigermaßen zweifelsfrei zu sein, doch machen es sich jene ganz sicher viel zu einfach, die da sagen, dies sei eben das Resultat der Frauene-manzipation. Mag sein, daß diese meist männlichen „Experten“ so unrecht nicht hätten, wenn es eine wirkliche Emanzipation der Frauen schon gäbe.

Das, was sich die Frauen bisher an Gleichberechtigung erkämpfen konnten, läuft einstweilen noch schlicht auf eine Doppel- und Dreifachbelastung der Frau hinaus: Wenn sie nämlich berufstätig ist und trotzdem nicht auf Partnerschaft, Ehe und Familie verzichten will, dann hat sie halt in aller Regel zusätzlich den Löwenanteil der Haushalts- und Kinderversorgung

auf dem Hals... Zuviel Streß und Frustration aber führen zum Beispiel – ganz wie bei den Männern – zur Pille, zur Pille oder zu beidem.

Daß die grünen Vorstadt-Witwen“, deren Männer am Morgen das Haus verlassen, um erst am Abend „kaputt“ und maulfaul zurückzukehren, oft auch nicht besser dran sind als die überforderten berufstätigen Frauen und Mütter, sollte einleuchten... Und von den alleinstehenden berufstätigen Frauen, die des abends in die Einsamkeit ihrer leeren Wohnungen zurückkommen, braucht gar nicht viel geredet werden: Alleinlebende Männer und Frauen finden sich besonders häufig unter den Suchtkranken.

---

### Kinder an Hausbar und Hausapotheken

---

Mit dem Suchtmittelkonsum von Kindern und Jugendlichen bekommen die Erwachsenen lediglich einen Spiegel vorgehalten. Eltern, die sich Zeit nehmen für die Probleme ihrer Kinder und die selbst einen maßvoll-bewußten Umgang pflegen mit „Alltagsdrogen“ wie Nikotin, Alkohol und Medikamenten, leisten die beste und wirksamste Vorbeugungsarbeit gegen die Suchtgefährdung von Kindern und Jugendlichen.

Süchtiges Verhalten (Konsum als Ersatzbefriedigung – Sucht als Flucht) kann schon sehr früh „vorprogrammiert“ werden, wobei sich immer wieder bestätigt, daß auch hier Familie und Elternhaus „Lernort Nr. 1“ sind vor Schule und Gleichaltrigen-Gruppe.

Alkohol – besonders das Bier – ist genau wie bei den Erwachsenen (neben dem Nikotin) der beliebteste Suchtstoff – und damit „Einstiegsdroge“ – bei jungen Menschen zwischen 12 und 14 Jahren. 24 % dieser Altersgruppe gaben bei Befragungen an, daß sie regelmäßig (täglich oder mehrmals wöchentlich) alkoholische Getränke zu sich nehmen. Mit zunehmenden Alter steigert sich das: Während bei den 12- bis 14jährigen noch 3 % von einem so regelmäßigen Konsum berichten, sind es bei den 21- bis 24jährigen schon 39 % (!).

Etwa die Hälfte der 12- bis 24-jährigen darf sich jederzeit aus dem elterlichen Alkoholvorrat bedienen. Bei den 12- bis 14-jährigen sind das auch bereits 8%! Im übrigen stößt auch diese jüngste Gruppe trotz Jugendschutzgesetz kaum auf Schwierigkeiten beim Kauf selbst von „harten Sachen“ in Supermärkten oder an Kiosken. So etwas können schon acht- bis zehnjährige Knirpse kaufen.

Während auch der Konsum von illegalen Drogen (fast 10% der befragten Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen von 12 bis 24 haben auch solche Drogenerfahrungen) ein unvermindert brisantes Problem bleibt, ist als eine neue und sich verstärkende Fehlentwicklung der Medikamentenmißbrauch von Kindern und Jugendlichen offenkundig geworden. Immer mehr Eltern sind offenbar bereit, schon kleinen Kindern beruhigende Mittel und andere Psychopharmaka mit Suchtpotential verabreichen zu lassen. Immer mehr Ärzte machen offensichtlich mit, wenn es darum geht, Schulschwierigkeiten, Erziehungskonflikte oder „Verhaltensauffälligkeiten“ mit dem auf Dauer meist völlig untauglichen Mittel einer „Psycho-Pille“ beseitigen zu wollen. Häufig wird damit nur süchtigen Fehlhaltungen, Abhängigkeiten oder gar einer ausgesprochenen Medikamenten- und Drogensucht von Krankheitswert Vorschub geleistet. Auch hier also finden wir „Einstiegsdrogen“!

### Alkohol an unzähligen Arbeitsplätzen

Das Thema „Alkoholgefährdung – Alkoholismus“ ist längst kein Thema mehr, daß nur unter dem Aspekt der Freizeitgestaltung und der Privatsphäre der Menschen behandelt werden könnte. Die Folgen von Alkoholmißbrauch und Alkoholabhängigkeit beschränken sich keineswegs auf den Privatbereich, sondern schaffen massive Probleme auch im Arbeitsalltag. Ein Sechstel aller Kündigungen, so ergab eine Untersuchung, hat mit Alkoholproblemen zu tun.

Es waren zunächst Großfirmen der freien Wirtschaft, die sich des

Themas annahmen und es aus der Tabu-Zone herausholten, weil die Einsicht, daß es sich hier nicht allein um ein menschliches, soziales oder personalpolitisches, sondern auch um ein ökonomisches Problem ersten Ranges handelte, um ein Problem der Produktivität und der Folgekosten, bei kühl rechnenden Managern zu allererst erkannt wurde.

Inzwischen hat sich die Erkenntnis weiter verbreitet, daß es für alle am Arbeitsprozeß Beteiligten – für Arbeitgeber und Arbeitnehmer, für Unternehmensleitungen und Betriebs- und Personalräte, für Vorgesetzte und Kollegen – nur von Vorteil sein kann, wenn möglichst sachkundig und angemessen auf die Alkoholprobleme von Mitarbeitern reagiert wird und Gefährdeten oder Alkoholabhängigen rechtzeitig Beratung, Hilfe oder eine Therapiechance geboten wird. Es geht um die Erhaltung der Leistungskraft von oft sehr qualifizierten und erfahrenen Mitarbeitern und um die Erhaltung der Arbeitsplätze dieser Betroffenen.

In rund 250 meist großen Firmen in der Bundesrepublik ist inzwischen ein institutionalisiertes internes Beratungs-, Hilfs- und Weitervermittlungsangebot für Alkoholgefährdete oder Alkoholkranke geschaffen worden.

Während also immer mehr Privatfirmen auf dem Weg sind, durch Information, Fortbildung und Beratungsangebot die Alkoholproblematik aktiv anzugehen, gibt es im Bereich der öffentlichen Verwaltungen und der Behörden eine vergleichsweise deutliche Zurückhaltung. Aber auch hier wird das Problem zunehmend erkannt und enttabuisiert. Das Gleiche gilt für die Gewerkschaften. Auch Gewerkschaftsvertreter und Betriebsräte gehen zunächst häufig mißtrauisch auf Distanz, weil sie argwöhnen, es gehe beim Thema Alkohol lediglich um restriktive Maßnahmen, um Disziplinierung, um „Abstinenz“, Einschränkung der Lebensqualität im Arbeitsalltag oder um Reglements zur Schaffung „wasserdichter“ Kündigungsgründe. Durch bemerkenswerte Aufklärungsarbeit und

durch die Herausgabe fachlich und sachlich fundierter Informationsschriften haben einzelne Gewerkschaften selbst inzwischen zum Abbau solchen Mißtrauens beigetragen und ebenfalls klargemacht, daß rechtzeitige Hilfe für Suchtgefährdete und Suchtkranke ein Stück Gesundheits- und Sozialpolitik ist, das der Erhaltung von Arbeitsplätzen dient.

Es gibt gewiß keinen Anlaß, die Therapiechancen eines hochgradig Suchtkranken in rosaroten Farben zu malen und so zu tun, als gebe es nicht die hohe Zahl derjenigen, die es auch nach einer Therapie nicht schaffen, ihrer Krankheit zu entrinnen. Es gibt aber glücklicherweise auch nicht den geringsten Grund, bei dieser Situationsschilderung nur die schwarze Farbe zu verwenden! Bei der Alkoholismustherapie gibt es inzwischen eine relativ stabile Erfolgsquote. Sie liegt bei einer Langzeittherapie für Alkoholiker bei 40 bis 50%. Zu diesen Angaben ist allerdings zu bemer-

Eine Aktion des Blauen Kreuzes in Deutschland e.V.

**„Lohnender Verzicht“  
Aktion 1985**



**20.2.-8.4.85**

**„Ich trinke 6 Wochen freiwillig keinen Alkohol!“**

### JA, ICH WILL MITMACHEN!

Ich bitte um Bereitschaftserklärungen und kostenloses Info-Material.

Name: .....

Straße: .....

Ort: .....

Bitte senden an:  
Blaues Kreuz in Deutschland e.V.  
Freiligrathstraße 27, Postfach 20 16 10  
5600 Wuppertal 2 (Barmen)

ken, daß es sich um Globalzahlen aus der Langzeittherapie handelt. Zu bedenken ist dabei, daß die verschiedenen Einrichtungen für Langzeittherapie unter unterschiedlichen Voraussetzungen, mit unterschiedlichen Patientengruppen und deshalb auch mit unterschiedlichen Erfolgen arbeiten. Ein Psychiatrisches Landeskrankenhaus zum Beispiel hat es mit ganz anderen Patienten zu tun als eine spezielle Fachklinik. Von guten Fachkliniken werden Erfolgsquoten von 60 bis 65 % erzielt.

Unterschiedlich sind schließlich auch die Erfolgsaussichten in den

verschiedenen Altersgruppen. Bei alkoholabhängigen Männern im mittleren Lebensalter (35 bis 40 Jahre) sind die positiven Ergebnisse mit rund 80 % am höchsten. Zu erwähnen wäre noch, daß die Erfolge, die einzig und allein durch die Selbsthilfegruppen erzielt werden, in keiner Statistik auftauchen. Nicht jeder braucht einen Klinikaufenthalt. Vielen kann ambulant durch Beratungsstellen und Selbsthilfegruppen geholfen werden.

Es gibt also angesichts der Tatsache, daß so viele es schaffen, wirklich keinen Grund zu absoluter Schwarzseherei und schon gar

keinen Grund dazu, bestimmte Abhängige als „hoffnungslose Fälle“ abzuschreiben. Auch Fachleute und erfahrene „trockene“ Alkoholiker staunen immer wieder, wie spät und aus wie düsterer Ausgangslage manche Kranke noch aus ihrer Abhängigkeit herausfinden.

(Aus: Nachrichten der Evang.-Luth. Kirche in Bayern.

Mit den Themen „Drogenmißbrauch“ und „Rauschgiftkriminalität“ beschäftigt sich die Antwort der Bundesregierung, Drucksache 10/1150, auf die Kleine Anfrage der Fraktion der CDU/CSU und der FDP, verlegt bei Dr. Hans Heger, Postfach 200821, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon 0228/363551).

## DRESDEN – Februar 1945

### dresden 1945

hans staiger

Hans Staiger, der Autor des Gedichts „Dresden 1945“, lebt als Architekt in Neu-Isenburg. Er schreibt Lyrik und Kurzprosa, die auch in der DDR veröffentlicht wurde. Aus seiner Feder stammten die Erinnerungen an den letzten gesamtdeutschen Kirchentag auf dem Gebiet der DDR – Leipzig 1954 –, die wir unter dem Titel „Fröhlich in Hoffnung“ in Heft 6/1984 der Evangelischen Verantwortung veröffentlichten.

Mit seinem bisher unveröffentlichten Gedicht erinnert Hans Staiger an die Bombardierung von Dresden am 13./14. Februar 1945, der schätzungsweise 60 000 Frauen, Männer und Kinder zum Opfer fielen.

Schon Anfang Februar 1945 war das für die Wehrwirtschaft entscheidende oberschlesische Industriegebiet unzerstört in sowjetische Hand gefallen. Russische Soldaten standen vor Breslau. Die

vollstrecktes urteil  
über verführer  
und die sich  
verführen ließen.

stummes gericht  
auch über  
die sieger  
mit der angeblich  
weißen weste.

predigt für alle  
die pfeifen  
auf gottes gebot.

wichtigsten Städte erhalten Befehl, sich als „Festungen“ zu verteidigen, um die feindliche Flut aufzuhalten, vermögen das aber mangels Kräfte und Vorbereitung nur vorübergehend: Thorn fällt am 1. Februar, Posen am 1. März und Graudenz am 5. März 1945. Die Zivilbevölkerung versucht, trotz schneidender Kälte einzeln und in Trecks, nach Westen zu entfliehen, verstopft die Straßen und Städte, gelangt aber nur zum Teil aus der Gefahrenzone. Die Kriegsmarine befördert noch Hunderttausende über See nach Westen, doch bleiben alle Maßnahmen unzureichend angesichts der Millionenbewegung.

Durch Luftangriffe mit Bordfeuerwaffen wird der Straßenverkehr auch auf dem Lande lebensgefährlich. Den Höhepunkt der Aktionen zur Einschüchterung der Zivilbevölkerung bildet der Angriff auf das von Flüchtlingen vollgestopfte Dresden, erst mit Brand-, dann mit Sprengbomben.

# Buchbesprechungen

„Gefahren eines deutschen Sonderweges. Deutschlands Zukunft zwischen Ost und West?“ Barbara Könitz, Hrsg.: Deutsche Atlantische Gesellschaft e. V., Bonn 1984

Eine der zentralen Fragen an die Deutsche Geschichte ist die Frage nach der Einheit der Nation. Diese hat nicht nur eine historische Dimension, sie beschreibt auch einen gegenwärtigen Zustand, der durch die staatliche Teilung Nachkriegsdeutschlands nachhaltig geprägt worden ist und in der politischen und ideologischen Systemkonkurrenz auf deutschem Boden seinen sichtbaren Ausdruck findet.

Nachdenklichkeiten bei uns finden ihre Widerspiegelungen im Ausland. Was geht in Deutschland vor? Sind die Deutschen inzwischen alle Nationalisten, Pazifisten oder Neutralisten geworden? Die äußeren Anstöße für diese internationale Diskussion liegen auf der Hand: Das Auftreten der „Friedensbewegung“, die ökologisch und zugleich pazifistisch ist, die Debatte über den NATO-Doppelbeschluss in den letzten Jahren und die noch andauernde Diskussion über die Stationierung von amerikanischen Mittelstreckenraketen in Mitteleuropa. Ein leichtes Unbehagen vor den „deutschen Ungewißheiten“ breitet sich wieder aus, vor allem in Frankreich und in den USA.

Auf diese Probleme und Fragen gibt die knapp fünfzig Seiten starke Schrift von Barbara Könitz über die Gefahren eines deutschen Sonderweges Antwort. Im Aufbau und Stil ist sie eine überzeugende Darstellung dieser schwierigen Problematik. Dazu zeugt sie auch von einer methodischen Geschicklichkeit in der Gliederung und der angefügten, sauber und kurz erklärenden Bibliographie, die einem den Zugang nicht nur erleichtert als Leser, mehr noch Freude bereitet bei der Nachvollziehung der Gedankengänge und Schlußfolgerungen.

Besonders interessant ist das Kapitel über die „Friedensbewegung“ und die neuen nationalen Sentiments, das die außerparlamentarischen Bewegungen seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland behandelt, das das gesellschaftliche und politische Profil, die soziologische Zusammensetzung und Organisation sowie die Kernorganisation der „Friedensbewegung“ untersucht und die sicherheitspolitischen Ziele, Kernforderungen, Aktionsformen und Durchsetzungsstrategien der „Friedensbewegung“ in knapper und anschaulicher Form schildert. Besonders interessant ist der Hinweis, daß die vierte Protestwelle seit Bestehen der Bundes-

republik Deutschland, mit der wir es jetzt zu tun haben, ein im Vergleich zu außerparlamentarischen Protestbewegungen der Vergangenheit unverwechselbares Profil hat und daß diese Bewegung auch vom moralisch begründeten Radikalpazifismus in den beiden christlichen Kirchen geprägt ist, wobei zu beachten ist, daß sie überwiegend aus dem protestantisch geprägten Teil der politischen Kultur Kräfte schöpft.

Vierzig Jahre nach Kriegsende und vierzig Jahre nach Flucht und Vertreibung müßte auch den Apologeten eines neutralistischen Deutschlands bewußt werden, daß ein deutscher Sonderweg keine Lösung für die deutsche Frage darstellt. Konrad Adenauers Entscheidung gegen eine neutrale Isolierung in der Mitte und für die Westbindung der Bundesrepublik Deutschland muß weiterhin die Staatsraison der Bundesrepublik bleiben, da sich diese damit nicht nur für eine geographische Interessengemeinschaft, sondern auch für eine Wertegemeinschaft entschieden hat. Da die Prinzipien der Demokratie, der Herrschaft des Rechts, der Freiheit der Person, der sozialen Gerechtigkeit und der universalen Menschenrechte, darunter dem des Selbstbestimmungsrechts der Völker, von der Sowjetunion nicht nur in ihrem eigenen Bereich verletzt und in Frage gestellt werden, sondern überall dort von ihr bekämpft werden, wo sie die Macht dazu hat, würde ein Widerruf der vor dreißig Jahren getroffenen Entscheidung für das westliche Bündnis nicht nur den Zusammenbruch der NATO bedeuten, sondern auch Frieden und Freiheit gefährden und die Lösung der Wiedervereinigung in eine weite unerreichbare Ferne rücken.

Das Fazit der Autorin ist, daß die Verankerung der Bundesrepublik Deutschland im freien Westen unumkehrbar bleiben muß und daß Wunsch und Hoffnung, neutral bleiben zu können, im 20. Jahrhundert für die deutsche Politik genau so unrealistisch ist, wie die Absicht Georg Wilhelms, des Kurfürsten von Brandenburg und Herzogs von Preußen, im Dreißigjährigen Krieg sich weder mit den Schweden noch mit den Franzosen zu verbünden. Gustav Adolfs Hinweis „tertium non datur“, es gelte zu wählen zwischen Gut und Böse, und alles andere, alle Versuche von Neutralität zumal, seien Quisquillen, die der Wind verweht, hat auch für die deutsche Politik des 20. Jahrhunderts ihre Bedeutung nicht verloren.

Die Broschüre wird von der Deutsch-Atlantischen Gesellschaft, Thomas-Mann-Straße 62, 5300 Bonn 1, kostenlos abgegeben.

Die Grünen – Partei wider Willen“, Helmut Berschin, herausgegeben von Klaus Gotto und Hans-Joachim Veen als Band 9 der Studien zur politischen Bildung im v. Hase und Koehler Verlag, Mainz, 1984, 19,80 DM.

Bei dem Buch „DIE GRÜNEN – Partei wider Willen“ handelt es sich um einen Sammelband, der einen breiten Überblick über die grüne Partei gibt. Den Herausgebern, dem Historiker Dr. Klaus Gotto und dem Sozialwissenschaftler Dr. Hans-Joachim Veen, ist es gelungen, eine systematisch angelegte Gesamtschau der GRÜNEN vorzulegen, indem sie die Beiträge von sieben Autoren in einer sinnvoll angelegten thematischen Folge zu einem Werk zusammenfaßten.

Einführend werden darin wesentliche Linien der Entstehungsgeschichte der GRÜNEN nachgezeichnet. Relativ breiter Raum wird dann der komplexen politischen Programmatik, dem Demokratie- und Institutionsverständnis der GRÜNEN sowie ihrem Sprachverhalten im Deutschen Bundestag gewidmet. Eine interessante Interpretation versucht anschließend aufzuzeigen, aufgrund welcher Sozialisationsformen und -mechanismen die GRÜNEN-Anhänger ihre politischen Überzeugungen gewinnen. Auf der Grundlage einer detaillierten demoskopischen Analyse gewinnt der Leser abschließend einen guten Einblick in das sozio-kulturelle Profil der GRÜNEN-Wählerschaft.

Bemerkenswert an dem Sammelband ist vor allem, daß nach einer Flut von Eigendarstellungen der GRÜNEN nun eine wissenschaftlich-systematisch angelegte Analyse dieser Partei vorgelegt wird. Dem Leser werden auf der Basis einer reichen Faktensammlung viele Informationen über die GRÜNEN vermittelt und ergänzend Interpretationen über die Ursachen ihres Erfolges angeboten. Als Tenor des Buches ergibt sich, daß die GRÜNEN zwar eine Partei wider Willen sind, trotzdem aber zumindest auf absehbare Zeit als politisch etablierte Größe ernstgenommen werden müssen.

Durch den Verzicht auf eine ausschließlich wissenschaftliche Darstellung sprechen die Beiträge einen breiten Leserkreis an. Auch durch ihre klare Gliederung erleichtern sie das Verständnis der Zusammenhänge. Ein ausführlicher Anmerkungsapparat und die sehr umfassende Bibliographie im Anhang stehen demjenigen zur Verfügung, der sich noch weitergehender informieren möchte.

Ralph Bierett

# Aus unserer Arbeit

## 1. Theologisches Gespräch des EAK ein großer Erfolg

**Bonn:** Der Münchener Ordinarius für Systematische Theologie und Ethik, Prof. Dr. Trutz Rendtorff, sprach im Rahmen der Auftaktveranstaltung der „Bonner Theologischen Gespräche“ des EAK über „Herrschaft der Theologie in der Politik? – Auswirkungen der Theologie in politischer Theorie und Praxis“. Rendtorff, Vorsitzender der Kammer für öffentliche Verantwortung der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), sprach vor weit über 200 Zuhörern und Diskutanten, unter ihnen Bundespräsident a. D. Prof. Dr. Karl Carstens.

Der Vortrag hat in der epd-dokumentation „Ist die Partnerschaft Kirche Staat am Ende?“ (Nr. 8/85) Eingang gefunden, die über das Gemeinschaftswerk der Evangelischen Publizistik e.V., Friedrichstr. 2-6, 6000 Frankfurt 1, zum Preis von 8,- DM + Porto bezogen werden kann.

Bereits heute laden wir Sie herzlich zum **2. „Bonner Theologischen Gespräch“** ein, das am Dienstag, dem **23. April 1985**, 18.00 Uhr, im Konrad-Adenauer-Haus in Bonn stattfinden wird. Prof. Dr. Martin Honecker – Professor für Systematische Theologie und Sozialethik an der Universität Bonn – wird dieses Gespräch mit einem Vortrag zu ethischen Fragen im Zusammenhang mit neueren Entwicklungen der Gentechnologie einleiten.

## Kirche-Wirtschaft kein Gegensatz

**Saarbrücken:** „Kirche und Wirtschaft“ lautete das Motto der EAK-Landestagung im Saarland, zu der Landesvorsitzender Kurt Thürk für den 30. Januar 1985 in die Kongreßhalle Saarbrücken eingeladen hatte.

Nach einem nachmittäglichen Gespräch mit Vertretern der Wirtschaftsverbände fand am Abend ein öffentliches Podiumsgespräch mit Diskussion statt, an dem der Bundesvorsitzende des EAK, Albrecht Martin, Minister a. D. Günther Schacht als Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion und der CDA sowie Oberkirchenrat Ludwig Scheib und der Bundesgeschäftsführer des Wirtschaftsrates der CDU, Rechtsanwalt Rüdiger von Voss, teilnahmen. Unter Leitung von Verwaltungsgerichtspräsident Kurt Thürk wies neben den zuvor Genannten auch der saarländische Minister für Kultus, Bildung und Sport, Prof. Dr. Gerhard Zeitel, Bundesvorsitzender der Mittelstandsvereinigung der CDU, darauf hin, daß es auch heute noch ein großes Ge-

sprächsdefizit zwischen Wirtschaftlern und Theologen gebe. Das liege, so Albrecht Martin, daran, daß beide Gruppen in verschiedenen Kategorien denken. Für den Wirtschaftswissenschaftler und Praktiker würden Strukturen im Vordergrund stehen, für den Theologen die Einzelperson. Hier gelte es, Verständigungsbarrieren zu beseitigen und den Dialog zwischen diesen beiden großen Gruppen unserer Gesellschaft in Gang zu setzen oder, wo vorhanden, zu intensivieren.

## „C“DU – Anspruch und Herausforderung

**Hanau:** Der im März 1984 reaktivierte EAK der CDU im Main-Kinzig-Kreis traf sich im Januar zur ersten Sitzung des Jahres 1985 und beschäftigte sich mit dem „C“ im Namen unserer Partei.

Bereits heute lädt die Vorsitzende, Margarete Aden, zu einem Vortrag mit Dr. Wolfgang Haseloff (Hanau) ein, der sich am **13. März 1985** mit dem unterschiedlichen Menschenbild bei CDU und SPD auseinandersetzen wird.

Anmeldungen erbeten an, EAK im CDU-Kreisverband Main-Kinzig, Akademiestraße 2, 6450 Hanau 1, Telefon 0 61 81/3 10 70.

## Zurückhaltendes Plädoyer für einen Teilnahme am Kirchentag

**Viersen:** Auf Einladung des EAK-Vorsitzenden der CDU im Kreis Viersen, Hans-Henning von Bassewitz, sprach der EAK-Bundesgeschäftsführer Anfang Januar zum Thema „Der Deutsche Evangelische Kirchentag – was er ist und was er will“. Im Mittelpunkt des Abends standen folgende Fragen:

- Repräsentiert der heutige Vorstand, bestehend aus dem Theologieprofessor Huber, der Fachhochschulprofessorin von Rotenhan und dem Bundesverfassungsrichter Simon, noch die Bandbreite des deutschen Protestantismus?
- Was wird aus der zunehmenden Konkurrenz um die öffentliche Auslegung der christlichen Botschaft?
- Kirchentag – „Kirche als Bewegung, Kirche von unten“?
- Ist Kirchentag noch Volkskirchentag?
- Warum fehlen die jugendlichen Kirchentagsteilnehmer sonntags unter unseren Kanzeln?
- Kirchentag – Parteipolitik im Namen Gottes?

Die Veranstaltungsteilnehmer sprachen sich für eine aktive Mitarbeit in Düsseldorf aus, wo sich der EAK auf Bundesebene zusammen mit der Jungen Union unter folgendem Motto am Markt der Möglichkeiten beteiligen wird:

*„Der Nord-Süd-Konflikt als politische, wirtschaftliche und humanitäre Herausforderung: Konkrete Politik im Kampf gegen Hunger und Not für Gerechtigkeit und Frieden in Freiheit“.*

## Vom Wanderhackbau ins Atomzeitalter

**Walsrode/Hermannsburg:** Auf Grund der guten Resonanz in den letzten Jahren veranstalteten der Evangelische Arbeitskreis der CDU im Kreisverband Soltau-Fallingb. und die Niedersächsisch-Lutherische Heimvolkshochschule Hermannsburg im Januar 1985 wieder ein Wochenendseminar. Thema der vierten Veranstaltung war die Entwicklungshilfe von Staat und Kirche: „Brot für die Welt – staatliche und kirchliche Verantwortung“.

Entwicklungshilfe, wie man sie kennt, gewann vor etwa 25 Jahren international Gewicht. Getragen von den westlichen Industrieländern, die sich in der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) zusammengeschlossen haben, von den internationalen Finanzierungsinstituten und nicht zuletzt den Organisationen der Vereinten Nationen entstand ein Transfer von Hilfsgütern für den südlichen Erdball in bislang einmaligem Ausmaß.

Wissenschaftlichen Auswertungen zufolge werden jedoch auch noch Ende dieses Jahrhunderts Millionen Menschen in Hunger und Elend leben. Wie antworten Staat und Kirche auf die Situation und was sind ihre Ziele in der Entwicklungspolitik für die Zukunft?

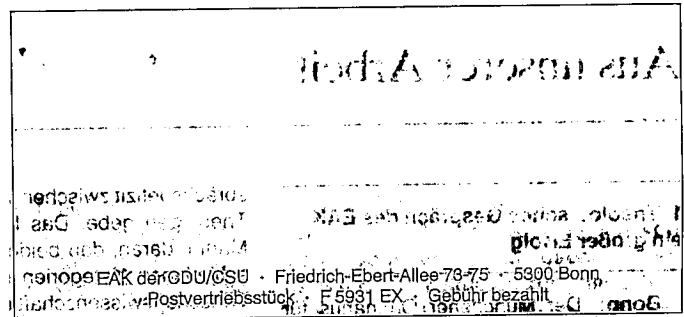
Unter Leitung von Gustav Isernhagen, MdL, und dem Leiter der Heimvolkshochschule, Dr. Martin Müller, diskutierten Dr. Volkmar Köhler, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Oberkirchenrat Klaus Wilkens aus Hannover und der stellvertretende Direktor des evangelisch-lutherischen Missionswerkes, Pastor Wolfgang Marwedel.

Die Reihe soll fortgesetzt werden. Interessierte wenden sich bitte an Herrn Gustav Isernhagen, MdL, Postfach 13 in 3046 Wietzendorf.



## Evangelische Verantwortung

Meinungen und Informationen aus dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU ● Herausgeber: Landtagspräsident Albrecht Martin, MdL; Bundesminister Dr. Werner Dollinger, MdB; Kai-Uwe von Hassel, Bundestagspräsident a.D.; Dr. Sieghard-Carsten Kampf, MdHB; Staatsminister Friedrich Vogel, MdB ● Redaktion: Erhard Hackler, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon: (0228) 54 43 05/6 ● Verlag: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Höhenweg 278, 4000 Düsseldorf 1 ● Abonnementspreis: vierteljährlich 4,- DM, Einzelpreis 1,50 DM ● Konto: EAK - Postscheck Köln 112100-500 oder Sparkasse Bonn 56 267 ● Druck: Oskar Leiner, Erkrather Straße 206, 4000 Düsseldorf ● Abdruck kostenlos gestattet - Belegexemplar erbeten.



## TERMINE

2. März 1985:

### „Barmer Erklärung und Stuttgarter Schuldbekennnis heute – Als evangelischer Christ im Staat des Grundgesetzes“

lautet das Thema einer Tagung für Pfarrer, Kirchenälteste, kirchliche Mitarbeiter und Interessierte, welche die Außenstelle Freiburg des Bildungswerks der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. in der Bruder-Klaus-Begegnungsstätte, Liebfrauenstraße 32 in 7530 Pforzheim-Dillweißstein durchführt.

Auf Einladung von Prof. Dr. Pawlowski und Dr. Feist sprechen u. a. Kultusminister a. D. Prof. Dr. Wilhelm Hahn, MdEP, Heidelberg und Pfarrer Dr. Karl Friedrich Becker, St. Blasien.

Anmeldungen: Konrad-Adenauer-Stiftung, Wilhelmstraße 18, 7800 Freiburg.  
Tagungsbeitrag 5,- DM.

4. bis 7. März 1985:

### „Dialog – Voraussetzung für Abrüstung und Friedenssicherung“

heißt das Thema des III. Internationalen Kolloquiums der Evangelischen Akademie Tutzing, zu dem Akademiedirektor Pfarrer Klaus-Jürgen Roepke einlädt.

Anmeldungen und Programm: Evangelische Akademie Tutzing, Schloß, Postfach 227, 8132 Tutzing (Tel. 0 81 58/25 10)

8. bis 9. März 1985:

### „Die Bürger und ihr Staat“.

Außertagung der Evangelischen Akademie Mülheim/Ruhr in Bad Kreuznach für evangelische Parlamentarier.

Referenten: Präses D. Gerhard Brandt, Prof. Dr. Günter Brakelmann und Kirchenrat Albrecht von Mutius.

Anmeldungen und Programm: Evangelische Akademie Mülheim/Ruhr, Haus der Begegnung, Uhlenhorstweg 29, 4330 Mülheim/Ruhr (Tel. 02 08/5 12 01 und 5 12 40)

18. bis 21. März 1985:

### „Die Rolle der Frau in Arbeit und Wirtschaft“

heißt das Thema einer Tagung der Evangelischen Akademie Nordelbien in Bad Segeberg.

Anmeldung und Programm: Evangelische Akademie Nordelbien, Marienstr. 31, 2360 Bad Segeberg (Tel. 0 45 51/85 21) oder über die Tagungsstätte Hamburg der Evangelischen Akademie Nordelbien, Esplanade 15/16, 2000 Hamburg 36 (Tel. 0 40/34 12 64)

20. bis 22. März 1985:

### „Für eine neue Partnerschaft zwischen Mann und Frau“

lautet die Überschrift der Leitsätze der CDU für den 33. Bundesparteitag in Essen.

Der Wortlaut dieses „Leitantrages“ ist in der Ausgabe Nr. 5 von „Union in Deutschland“ abgedruckt.

Union in Deutschland (UiD), Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn

16. bis 18. April 1985:

### 2. Christlicher Medienkongreß in Böblingen.

Welchen Einfluß haben die Medien auf die Entwicklung der Ethik? Wie sieht Anspruch und Auftrag christlicher Publizistik im Gesamtbild der Medienlandschaft aus? Welche technischen Entwicklungen stehen uns noch ins Haus?

Das sind einige Fragen, mit denen sich der 2. Christliche Medienkongreß, der von der Konferenz Evangelikaler Publizisten (kep) durchgeführt wird, beschäftigen soll.

kep-Geschäftsführer: Wolfgang Baake, Moritz-Hensoldt-Str. 22, 6330 Wetzlar (Tel. 0 64 41/4 51 23)

17. bis 21. Juni 1987:

### 22. Deutscher Evangelischer Kirchentag in Frankfurt/Main